

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

Zweite Ausgabe.

KARL HONAY

476

Wien, am 23. Dezember 1930.

Budgetberatung.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 23. Dezember 1930.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 17'15 Uhr.

Es wird die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe VI des städtischen Voranschlages fortgesetzt.

GR. Huber (E. L.) bemerkt, dass die Post für Grundankäufe mit 5,000.000 Schilling viel zu niedrig angesetzt ist. Im letzten Jahre hat sich bei dieser Post eine Ueberschreitung von nicht weniger als 6'5 Millionen ergeben. Die Gemeinde hat jetzt schon kolossale Grundflächen in ihrem Besitz und es wäre hoch an der Zeit, bei Grundankäufen vorsichtig zu sein, sich nicht immer darauf zu versteifen, ganze Häuserblocks zu erwerben, sondern sich mehr auf die Arrondierung der Gründe zu verlegen. Auf keinen Fall dürften aber Häuser, die auf Abbruch gekauft werden, dann stehen gelassen und sogar renoviert werden, wie dies bei einem Hause in der Schönbrunnerstrasse Ecke Nevillebrückengasse der Fall war. Auch die Post für Pachtzinse ist angesichts des Umstandes, dass die Pachtzinse erhöht worden sind, viel zu niedrig eingesetzt, dasselbe gilt für die Post Bauzinse. GR. Huber widerspricht sodann der Meinung des St. R. Kokrda, dass für eine wirksame Trichinosebekämpfung die Einführung des öffentlichen Stechzwanges notwendig wäre, da auch die privaten Stadthbrücken unter der Aufsicht des Veterinäramtes stehen. Die Trichinose wird zum Teil von fliegenden Landhändlern, die mit Fleischwaren nach Wien kommen, eingeschleppt und auf diese sollte das Marktamt sein Augenmerk richten. GR. Huber verweist sodann auf die grosse Belastung, die den Marktparteien durch die Erhöhung der Marktgebühren auferlegt worden sei, die nicht weniger als 400.000 Schilling ergebe, und auf die Erschwer-nisse, die den Marktparteien dadurch bereitet werden, dass das Abladen der Waren durch die Markthelfer erfolgen muss, die sogar, wenn am Sonntag verderbliche Waren abgeführt werden, für die am Sonntag nicht geleistete Arbeit den Marktparteien ihren Lohn aufrechnen. Von dem Schmerzenskind der Obst- und Gemüse A. G. will sich die Gemeinde nicht befreien, obzwar die Gesellschaft selbst den einstimmigen Beschluss gefasst hat, zu liquidieren. Man hat nun diese Gesellschaft der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft in Treuhand übergeben und dort einen glänzenden Prokuristen ^{an} gestellt, dessen Schwiegervater Gemeinderat und Verwaltungsrat der Obst- und Gemüse A. G. ist. Wiedieser Mann wirtschaftet, geht daraus hervor, dass er nach eininhalb Jahren selbst in Ausgleich gegangen ist. Die Landwirtschaftliche Forst und Betriebsgesellschaft hat die Treuhand der Wök übergeben und die Obst- und Gemüse A. G. kommt zu ihren Reingewinnen, die übrigens nicht einmal die Verzinsung des Kapitals decken ^{mit} dadurch, dass sie von der Gemeinde Wien und der Wök, die die einzigen Abnehmer der Obst- und Gemüse A. G. sind, jeden Preis verlangen. Diese Skandalaktiengesellschaft muss endlich vom Schauplatz verschwinden. Auch die Gründung der städtischen Bäckerei war nicht ^{nützlich}. Man versucht mit diesem Betrieb die Sozialisierung der Bäcker und hofft hier wieder einige Genossen versorgen zu können. Wenn schon ein Wirtschaftsamt besteht, müsste es alle Bedürfnisse der Gemeinde decken. Mit den Strassenbahnen, den Gas- und den Elektrizitätswerken hat aber das Wirtschaftsamt nichts zu tun.

Zum Schlusse erklärt der Redner, dass seine Partei gegen den Voranschlag stimmen werde.

St. R. Kokrda antwortet auf die in der Debatte gegen sein Ressort erhobenen Beschwerden. Mit der Entwicklung des Markthelferwesens kann man sehr zufrieden sein, da sich gegenüber den früheren Jahren eine fühlbare Besserung feststellen lässt. Von einem Terror der Markthelfer oder von einem parteimässigen Vorgehen auf den Märkten kann keine Rede sein. Bei der Beurteilung des Zwischenhandlers mache sich die Minderheit eines eigentümlichen Widerspruches schuldig. Auf der einen Seite beklagt sie sich darüber, dass der Zwischenhandel ungebührliche Gewinne macht, auf der anderen Seite beschwert man sich, wenn wir den Zwischenhandel mit Gebühren belegen. (Lebhafte Widersprüche und Zwischenrufe bei der E. L. - Dr. Hengl: Wer hat darüber beklagt? - GR. Huber: Dass die Detaillisten nichts verdienen, wissen Sie, wir meinen die Halsabschneider! GR. Dr. Kolassa: Das ist eine Verwechslung mit dem Radetzkymarsch! - Lebhaftes Zwischenrufe. - Vorsitzender Hofbauer ersucht um Ruhe). Dem Antrag Dr. Hengl auf Erhöhung der Subvention für die Landeskulturförderung ersucht St. R. Kokrda abzuweisen. Dass die Gemeinde Wien, wenn sich die Notwendigkeit hiezu ergibt, auf diesem Gebiete auch über die eingesetzten Posten hinausgeht, hat sie gerade im heurigen Jahre bewiesen, indem sie den Weinbautreibenden Wiens den Betrag von 20.000 Schilling zugewandt hat. Die Beschwerde des GR. Hengl über das Lagerhaus habe er an den Direktor des Lagerhauses weitergeleitet. Was die Beschwerden über das Wirtschaftsamt betrifft, so muss festgestellt werden, dass dieses Amt nicht auf Gewinn eingestellt, sondern nur berechtigt ist, einen Zuschlag zu den Gestehungskosten zur Deckung der Spesen zu machen. Wenn der Zuschlag über die Spesen hinausgeht, wird der Betrag rückvergütet. St. R. Kokrda ersucht dem Voranschlage seiner Verwaltungsgruppe die Zustimmung zu erteilen. Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.

Es wird sodann die Abstimmung über die Ansätze der Verwaltungsgruppen V und VI durchgeführt und die Ansätze dieser Gruppen genehmigt. Der zur Verwaltungsgruppe V vorliegende Antrag des GR. Hörmayer, die baulichen Erhaltungskosten für Kirchen, Kapellen und Pfarrhöfe von 50.000 auf 80.000 Schilling zu erhöhen, wird abgelehnt, ebenso die Anträge Hengl zur Verwaltungsgruppe VI betreffend die Erhöhung der Post zur Förderung der Landeskultur von 5000 auf 50.000 Schilling und betreffend die unentgeltliche Abgabe von Lernmittel nur an Kinder minderbemittelter Eltern. Die in der Generaldebatte gestellten Schulanträge der GRtin Schlösinger werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Es sind das Anträge betreffend die Vermeidung der Massenschulung, die Trennung der Geschlechter in Volks- und Hauptschulen, die Belieferung der Volks- und Hauptschulen mit den für den katholischen Religionsunterricht vorgeschriebenen Gebetbüchern, sowie mit Klassenlektüre für den katholischen Unterricht und die unverzügliche Anbringung von Kreuzbildern in den Knabenvolksschulen in der Bachergasse, Graspasse, Zieglergasse sowie in der neuen Kagranerschule.

St. R. Linder referiert sodann über den Voranschlag der Verwaltungsgruppe VII. Der Voranschlag ist für das Jahr 1931 um Schilling 204.320 höher als der Voranschlag pro 1930. Die tragende Post sind die Ausgaben für das Feuerlöschwesen mit Schilling 9,902.450. Die technische Schlagfertigkeit und Tüchtigkeit der Wiener Feuerwehr wird von allen Schichten der Bevölkerung anerkannt. Ihre hohe Schlagfertigkeit hat sich insbesondere auch bei dem vor einigen Wochen stattgefundenen katastrophalen Sturm in Wien gezeigt; damals haben in wenigen Stunden 700 Aus-
1020

rückungen stattgefunden. Die vor Jahren begonnenen Verbesserungen der Feuermeldung sollen im folgenden Budgetjahr der Vollendung entgegengehen; die Errichtung der neuen Feuerwache Steinhof ist fertig und als vorläufiger Schlussstein der durchgeführten Feuerreform wird noch die Feuerwache Donaustadt zu schaffen sein. Derzeit besitzt die Feuerwehr 6 Hauptwachen, 24 Nebenwachen, 148 Feuerwehrrgeräte, 6 Inspektionsmotorräder, und zwar sind diese Geräte mit den modernsten technischen Errungenschaften versehen. Um eine rasche Feuermeldung zu ermöglichen, stehen der Berufsfeuerwehr 666 öffentliche und 332 Private Feuermelder zur Verfügung; für deren weiteren Ausbau wird vorgesorgt. Das gesamte Kabelnetz der Berufsfeuerwehr hat eine Kabellänge von 110 Kilometern, die Oberleitung hat eine Kabellänge von 453 Kilometern. Für die Gemeindegache ist eine Ausgabe von Schilling 4,252.380 eingestellt. Die Gemeindegache versieht den Wach- und Ordnungsdienst in den städtischen Aemtern, Anstalten, Betrieben, Unternehmungen, Gartenanlagen, Friedhöfen, Markthallen, Märkten und Schlachthäusern und es muss festgestellt werden, dass die Tätigkeit der Gemeindegache sehr zum Frommen der Gemeindegewerte erfolgt. Die Ausgaben für das Sicherheitswesen sind um S 160.000 niedriger als im Vorjahr, da nach der neuen Bundesverfassungsnovelle die Kosten für Zwänglinge und Korrigenden vom Bund zu bestreiten sind. Der Betrag von Schilling 100.000 für das Bevölkerungswesen ist für die im Jahre 1931 vor ^{erfolgreich} Volkszählung vorgesehen. Unter Wahlangelegenheiten erscheint eine Ausgabenpost von Schilling 400.000, die die Kosten für die Durchführungsarbeiten zur Anlage der Schöffen- und Geschwoerenenlisten sowie für die Durchführungsarbeiten zur Wahl des Bundespräsidenten beinhaltet. Dieser Ausgabenrubrik steht als Einnahme ein Beitrag des Bundes für Wahlen von S 133.330 gegenüber. Für Kunstförderung ist ein Betrag von Schilling 189.000 vorgesehen. Dieser Betrag ist um S 100.000 höher als im Budget 1930 und zwar sind die Schilling 100.000 der Förderung ^{als Aufwendungen für die Kunstförderung} der Gegenwartskunst gewidmet. Dazu kommen noch der Aufwand von rund S 190.000 für Ehrenpensionen, in der Verwaltungsgruppe III von S 6000, für Fassadenschmuck und Plastiken in der Verwaltungsgruppe IV der Betrag von S 150.000 und für Plastiken und Brunnen in der Verwaltungsgruppe V der Betrag von 53.700 Schilling. Ausserdem ist für Ankäufe durch die städtischen Sammlungen ein Betrag von 80.000 Schilling vorgesehen, sodass die Gesamtjahresausgaben für die Kunst S 668.700 betragen. Das ist ein Betrag, mit dem die Gemeinde gewiss dokumentiert, dass sie für die Förderung der Kunst grosses Verständnis hat. St. R. Linder ersucht dem Voranschlag seiner Verwaltungsgruppe die Zustimmung zu erteilen.

GR. Dr. Kolassa (E. L.) erklärt, dass auch der Voranschlag der Verwaltungsgruppe für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten deutlich zeigt, dass die Gemeindeverwaltung auf die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse keine Rücksicht nehme. Der Ansatz von rund 4 Millionen Schilling ^{für die Gemeindegache} ist hierfür ein deutlicher Beweis. Während der Stand der Gemeindegache am 1. August 1928 408 Mann betrug, waren es am 1. August 1929 schon 566 und am 1. August ds. J. bereits 685 Mann. Ein Grund für die Vermehrung des Standes der Gemeindegache ist sicherlich nicht zu finden. Die Notwendigkeit des Ordnungs- und Ueberwachungsdienstes, den die Gemeindegache durchführen soll, ist ebenfalls nicht gegeben. Die Gemeindegache hat daher baldigst zu verschwinden. Ueberaus notwendig wäre die Drucklegung und Veröffentlichung der stenographischen Protokolle über die Sitzungen des Wiener Gemeinderates. Während für die Gemeindegache 4,000.000 Schilling verschwendet werden, ist hier die Sparsamkeit am allerwenigsten am Platze. GR. Dr. Kolassa beantragt, die Wiener Gemeindegache mit Ende dieses Jahres aufzulassen und die stenographischen Protokolle über die Sitzungen des Gemeinderates in Druck zu legen und zu veröffentlichen. Solange diese unsere Wünsche, sagt der Redner, nicht erfüllt werden, solange können wir auch für diese Verwaltungsgruppe nicht stimmen. (Beifall).

GR. Uebelhör (E. L.) erklärt, dass die Nichtdrucklegung der stenographischen Protokolle des Gemeinderates ein unerträgliches Zustand ist. Er bemängelt, dass die neuen Strassen- und Hausnummerntafeln ganz unzweckmässig sind, die Strassentafeln sind viel zu klein, sie verstauben leicht und werden dadurch unleserlich. Schliesslich wäre auch für eine richtige Beschriftung der Strassentafeln entsprechend zu sorgen. Hinsichtlich der Kunstförderung durch die Gemeinde stellt der Redner fest, dass der Betrag von 100.000 Schilling zur Förderung der Gegenwartskunst, der im Voranschlag aufscheint, bereits in diesem Jahr als Zuschusskredit genehmigt, aber bisher noch nicht ausgegeben wurde. Dies wurde damit begründet, dass man keine geeigneten Kunstwerke gefunden hat. Dieser Ausspruch ist eine Beleidigung der Wiener Künstlerschaft. Die Gemeinde müsste sich auch der Ehrenpflicht erinnern und eine Dankesschuld an Dr. Lueger dadurch abtragen, dass endlich einmal die Andenken an Dr. Lueger im städtischen Museum würdig und zweckentsprechend untergebracht werden. Damit würde die Mehrheit nicht nur den Wünschen der Minderheit, sondern den Wünschen der ganzen Bevölkerung Rechnung tragen. Der für das Gewerbeförderungsinstitut veranschlagte Betrag von 77.000 Schilling ist ganz lächerlich gering, er zeigt, wie sehr die jetzige Mehrheit das Gewerbe wertet. Wenn Sie eine wirkliche Gewerbeförderung durchführen wollten, müsste die ganze Wirtschaftspolitik grundlegend geändert werden, müsste die Nahrungs- und Genussmittelabgabe und die Fürsorgeabgabe verschwinden, müsste die Gemeinde das Ihrige dazu beitragen, dass die Produktion entlastet und die Produktionskosten gesenkt werden können. Ihre ganze Steuerpolitik aber ist alles andere, aber nur keine Gewerbeförderung. Solange Sie ihre jetzige Wirtschaftspolitik aufrecht erhalten, solange werden die produzierenden Stände auf keinen grünen Zweig kommen. (Beifall).

GR. Dr. Wagner (E. L.) erklärt, dass die Ausgaben für die Gemeindegewache eine glatte Verschwendung sind. Im Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten hört man von der Gemeindegewache gar nichts, und es wäre nur zu wünschen, dass baldigst auch der Wiener Gemeinderat und die ganze Wiener Bevölkerung von der Gemeindegewache nichts mehr höre. Während die Gemeindegewache eine international berühmte Post im Voranschlag ist, müssen die Ausgaben für die Wiener Feuerwehr als Ausgaben für eine international anerkannte Institution bezeichnet werden. Das Ausland, Fremde und Fachmänner spenden der Wiener Feuerwehr das höchste Lob. Das Wiener Feuerwehrkorps ist ein ganz ausgezeichnetes Korps, und es wäre nur zu wünschen, dass endlich einmal das Kommando der Gemeindegewache vom Kommando der Feuerwehr losgelöst werde. Die Ausgaben für Investitionen bei der Feuerwehr werden ausgezeichnet verwendet, es wird vornehmlich die inländische Industrie mit Aufträgen bedacht, ein Beweis, wie die Mehrheit produktiv arbeiten könnte, wenn sie in anderen Belangen nicht so parteipolitisch eingestellt wäre. In bezug auf die Verleihung des Heimatrechtes wünscht GR. Dr. Wagner, dass vor allem anderen das christliche und deutsche Element berücksichtigt werden solle. Der Gemeinderatsausschuss VII muss sich fast in jeder seiner Sitzungen mit Ausnahmen von den Bestimmungen der neuen Bauordnung befassen. Das beweist, wie gerechtfertigt alle Vorwürfe sind, die von der Minderheit anlässlich der Beratung der neuen Bauordnung erhoben wurden. Es wäre von grossem Interesse, wenn das Stadtbauamt über die bisherigen Erfahrungen hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen der neuen Bauordnung und hinsichtlich der Ausnahmen, die gemacht werden mussten, berichten würde. Von grosser Wichtigkeit wäre auch ein Bericht über die private Bautätigkeit, über Widmung und Planung, über die Entwicklung der Kultur des Siedlungswesens und der Einfamilienhäuser und über die Planung von Hochhäusern. GR. Dr. Wagner spricht sodann sein grosses Bedauern darüber aus, dass der Karlsplatz

durch die Errichtung eines Gewerkschaftsbaues auf den Naschmarktgründen so verurteilt werde. Man hätte diesen Bau nie bewilligen dürfen. Es ist eine Schmach für Wien. Hierüber schweigt die Kritik der sozialdemokratischen Beeinflussten Presse, derselben Presse, die an dem Neubau des Justizpalastes soviel zu kritisieren hatte, obwohl dieser Bau von einem ganz ersten Künstler hergestellt wird. In der Kunstförderung hat man sich von der bisherigen Einseitigkeit etwas abgewendet und berücksichtigt nun auch Künstler, die nicht von vornherein die sozialdemokratische Bunze tragen. Was auf diesem Gebiete verbrochen wurde, zeigt der Skandal des Lassalle-Denkmales und auch das Denkmal der Republik, wobei man nur die Mittelfigur ausnehmen kann. Ganz besonders empfehlen würde der Redner die Beschäftigung eines Urenkels des berühmten Malers Waldmüller, des Bildhauers Waldmüller, der von hervorragenden ausländischen Kunstkräften als ein ganz grosses Talent bezeichnet wird, hier in Oesterreich aber mangeld Beschäftigung verkümmern muss. Der Redner unterstützt wärmstens den Antrag auf Drucklegung der Gemeinderatsprotokolle und erklärt schliesslich, wenn in der Verwaltungsgruppe VII die Post Gemeindewache nicht enthalten wäre, könnte er sich entschliessen für diese Verwaltungsgruppe zu stimmen. Das soll kein Vertrauensvotum für die Gemeindeverwaltung sein, sondern nur eine Anerkennung der leidenschaftslosen Führung der Geschäfte durch S. R. Linder (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

GR. Stöger (E. L.) bemerkt, im Budget dieser Verwaltungsgruppe werde das Kinowesen, das eines der dunkelsten Punkte der Wiener Gemeindeverwaltung ist, totgeschwiegen. Die Gemeinde betrachtet das Kinowesen als Parteisache und das Wiener Kinogesetz hat den obersten Zweck, Kinobesitzer und Kinopersonal unter die Fuchtel der freigewerkschaftlichen Organisation der Kinoangestellten zu zwingen. Im Interesse des Ansehens Oesterreichs muss mit diesem Ueberbleibsel aus der wüstesten Umsturzeit gebrochen werden. Eine Filmzensur würde nicht Abbau der Freiheit oder kulturellen Rückschritt bedeuten. Sämtliche Grossstädte haben eine offizielle Filmzensur. Es müsste eine allgemeine Filmzensur für das ganze Reich und eine besondere Filmzensur für die Jugendlichen geschaffen werden, die durch schlechte Filme skrupellos vergiftet werden. Die Landeshauptleute ausser dem Wiener Landeshauptmann haben sich im Vorjahr entschlossen, die Filmzensur dem Bund zu überlassen, doch hat Dr. Danneberg diesen Plan zu durchkreuzen verstanden und er ist daher verantwortlich für das Chaos auf dem Gebiete des Kinowesens. Der Redner richtet den dringenden Appell an den Bundeskanzler, die Gesamtregierung und an alle Landeshauptleute, endlich ihren Einfluss aufzubieten, um mit der Wiener Kinoschande, die nachgerade zum europäischen Skandal wird Schluss zu machen. Es müssten auch wie in Deutschland und anderen Ländern Lehr- und Kulturfilme für steuerfrei erklärt werden. GR. Stöger spricht sodann über den Film "Im Westen nichts Neues" und bemerkt, dass die Wiener Gemeindeverwaltung ganz isoliert in Oesterreich bleiben werde, wenn sie die Aufführung dieses Films zulasse. Fraglos ist, dass sich das deutsche Volk durch diesen Film herausgefordert fühlt. Die Wiener Gemeindeverwaltung steht vor der Wahl, ob sie sich an die Seite des deutschen Brudervolkes oder an die Seite geschäftstüchtiger Filmproduzenten stellen will. Wo bleibt die sooft geminte Anschlussfreundlichkeit? Auch dieser Fall zeigt, dass alle beruflichen Faktoren zusammenwirken sollten, um dem Kinokandal ein Ende zu machen (Lebhafter Beifall bei der E. L.).

GR. Angermeyer (E. L.) widerholt seine im Vorjahr gestellte Anfrage an St. R. Linder, ob es richtig ist, dass die in der Mollardgasse untergebrachte Gemeindewache einen eigenen Draht zur Arbeiter-Zeitung hat, (Hört! Hört bei der E. L.) zu welchem Zwecke diese telefonische Verbindung

bsteht und wer die Auslagen aufkommt. St. R. Linder hat seinerzeit darauf geantwortet, dass kein direkter Draht mit der Arbeiter-Zeitung bestehe, sondern dass es sich um einen Draht an die Feuerwache handelt. Nunnist aber diese Feuerwache Linke Weinzeile 182, die Gemeindegasse aber in der Mollardgasse untergebracht, in welcher letzteren Hause sich keine Feuerwache befindet, und in dieses Haus geht der Draht. (Beifall bei der E. L.)

St. R. Linder erklärt zunächst zu der letzten Anfrage des GR. Angermeyer, dass eine telefonische Verbindung zwischen der Gemeindegasse und der Arbeiter-Zeitung nicht besteht. Die Arbeiter-Zeitung hat lediglich einen neuen Feuermelder, welcher mit der Hauptwache im VI. Bezirk in Verbindung steht. Gleiche Feuermelder sind auch in verschiedenen Unternehmungen vorhanden. Dass dieser Feuermelder auch einen Telefonapparat hat, ist der Vorzug der neuen Feuermelderanlagen, die wir nun auch in ganz Wien herstellen wollen. St. R. Linder lädt den GR. Angermeyer ein, sich von der Richtigkeit dieser seiner Behauptung zu überzeugen. Zu dem Verlangen des GR. Stöger auf Einführung der Filmzensur erklärt St. R. Linder, er sei sowohl gegen die Zensur der Presse wie auch des Films, da er der Meinung sei, dass die Bevölkerung der beste Zensor ist, indem sie die Zeitungen, die ihr nicht passen, nicht liest und die Filme, die ihr nicht passen, nicht besucht. Der Gewerkschaftsbau von dem GR. Wagner behauptet hat, dass er den Karlsplatz verunziere, befindet sich auf dem Resselplatz, auf dem ehemaligen Naschmarktgründen, die oft mit dem Karlsplatz verwechselt werden. Ob das Gewerkschaftsgebäude schön ist oder nicht, ist eine Frage des Geschmacks, jedenfalls ist der Bau von einem der ersten Architekten geschaffen worden. Wenn die Naschmarktrealität einmal ausgebaut sein wird, wird dort ein Stück Wien erstehen, an dem alle ihre Freude haben werden. Was die Strassentafeln betrifft, so bewähren sich die Emailtafeln viel besser als die Zinktafeln. Eine Ueberprüfung der Strassennamen ist in die Wege geleitet. Bezüglich des Luegerzimmers haben wir den Wünschen der Opposition Rechnung getragen, indem wir es in der Bezirksvertretung des IV. Bezirkes schaffen. Die Tätigkeit der Gemeindegasse bittet St. R. Eidlitz doch etwas milder zu beurteilen. Der Herren der Opposition sollten bedenken, dass beispielsweise im heurigen Jahre die Gemeindegasse in über 1000 Fällen Hilfsdienste für Kranke auf der Strasse geleistet hat, dass sie 16mal Ertrinkende gerettet, in 100 Fällen Einbrecher der Polizei übergeben hat. Was die Drucklegung der stenographischen Protokolle betrifft, so stehen in der Verwaltungsgruppe VII leider die Kosten hierfür nicht zur Verfügung (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Abstimmung über die Verwaltungsgruppe VII wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

St. R. Breitner berichtet sodann über Bilanz und Bedeckung. Er bemerkt, der Magistrat wird sich selbstverständlich pflichtgemäss bemühen, soweit es die Verhältnisse gestatten, den sich ergebenden Abgang herunterzumindern. einerseits durch weitestgehende Sparsamkeit, andererseits durch die Bemühung, die vorgeschriebenen Steuern in allen gegebenen Möglichkeiten hereinzubringen. Es wird keine Erhöhung von Steuern vorgeschlagen. Aus den dargelegten Gründen kann leider auch nicht eine Steuerermässigung beantragt werden. Die Deckung soll aus den Kassenbeständen und den Guthaben der Gemeinde Wien bestritten werden. St. R. Brätner ersucht, Bilanz und Bedeckung zu genehmigen (Beifall bei der Mehrheit).

GR. Kunschak bemerkt, in der heurigen Budgetberatung sei der amtsführende Stadtrat der Gruppe VIII, St. R. Emmerling in Verlust geraten. Nach den Bestimmungen der Gemeindeverfassung und der Geschäftsordnung der Gemeinde besteht der amtsführende Stadtrat aus 8 Mitgliedern. Ebenso bestimmt die Verfassung und Geschäftsordnung des Gemeinderates und Magistrats, dass

Gemeinderatssitzung vom 23. Dezember 1930. VII, Blatt
die Geschäftsführung des Magistrates in 8 Gruppen geteilt wird, an deren Spitze je ein amtsführender Stadtrat steht. Die amtsführenden Stadträte sind nach der Verfassung und Geschäftsordnung dem Gemeinderat für ihre Geschäftsführung verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit kommt vor allem bei der Budgetdebatte zum Ausdruck. Bisher war es auch immer der Fall, dass nach der Verhandlung der Verwaltungsgruppe VII die Verwaltungsgruppe VIII in Beratung gezogen wurde. Es hat sich dabei der Abusus herausgebildet, dass der amtsführende Stadtrat dieser Gruppe unter stillschweigender Zustimmung des Gemeinderates auch über die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen referiert hat. Es ist ein verbrieftes Recht des Gemeinderates zu verlangen, dass im Rahmen der Budgetdebatte jeder amtsführende Stadtrat dem Gemeinderat Rede und Antwort stehe. Heuer ist zum erstenmal eine Neuerung eingetreten, über die wir nicht informiert waren. Und wir haben daher in der Budgetdebatte gar keine Gelegenheit gehabt, uns mit der Amtsführung des St. R. Emmerling zu beschäftigen. St. R. Emmerling hat es schon immer gut gehabt. Wenn alle Referenten und Redner zu Tod geredet waren, ist er erst erschienen und er ist deshalb, obwohl er ein Ressort vertritt, dessen Agenden in das Leben der Bevölkerung tief einschneiden gewöhnlich sehr glimpflich aus der Debatte hervorgegangen. Aber so bequem, dass er überhaupt nicht am Referententisch zu erscheinen braucht, können wir es ihm nicht machen. Wir werden heute vor eine vollendete Tatsache gestellt und müssen diese unsere Rechtsverwahrung vorbringen, damit für künftige Budgetberatungen kein Präjudiz geschaffen wird. (Lebhafter Beifall bei der E. L.)

St. R. Breitner bemerkt zu den Ausführungen des GR. Kunschak, für die getroffene Umstellung sei der Wunsch des Kontrollamtes massgebend gewesen, das der Meinung ist, dass die Wirtschaftspläne gesondert beraten werden sollen und dass die Gruppe VIII im Rahmen der Budgetberatung nicht zum Wort kommt. Wenn aber die Minderheit der Meinung ist, dass sie durch diesen Vorgang in ihren Rechten irgendwie beeinträchtigt werden könnte, gebe ich die Erklärung ab, dass wir bereit sind, dem Wunsche Rechnung zu tragen, dass die Beratung über Bilanz und Bedeckung unterbrochen wird und dass jetzt Gruppe VIII in Verhandlung gezogen wird.

GR. Kunschak erklärt sich mit diesem Vorschlage des St. R. Breitner einverstanden.

Es wird demgemäss die Beratung über Bilanz und Bedeckung unterbrochen, und die Verwaltungsgruppe VIII in Verhandlung gezogen.

Es gelangt nun die letzte Verwaltungsgruppe (Städtische Unternehmungen) zur Beratung. Amtsführender Stadtrat, Vizebürgermeister Emmerling verweist einleitend auf die grosse Bedeutung, die den städtischen Monopolbetrieben im Wiener Wirtschaftsleben zukommt. Die Wirtschaftskrise kommt auch in den Voranschlägen der städtischen Unternehmungen zum Ausdruck. Die Ansätze für 1931 müssen leider, der Not der Gegenwart entsprechend, hinter den Erfolgen des Jahres 1930 etwas zurückbleiben.

Der Wirtschaftsplan für das Gaswerk sieht eine Jahreserzeugung von 320 Millionen Kubikmeter und einen Verkauf von 296 Millionen Kubikmeter vor. Im kommenden Jahr dürfte die Zahl der verwendeten Gasmesser 500.000 übersteigen. Das Gaswerk rechnet im Jahre 1931 mit einem Verbrauch von 676 Millionen Tonnen Kohle. Als Erfolg des Jahres 1931 wird ein Ueberschuss von 98.000 Schilling gewärtigt. Das Gaswerk wird im kommenden Jahr rund 10.5 Millionen Schilling investieren, wovon 2.2 Millionen Schilling für den Ankauf von Gasmessern verwendet werden sollen.

Der Referent teilte dann mit, dass auf Grund von Versuchen des Professors Dr. Grassberger in der ersten Hälfte des heurigen Jahres im Gaswerk Leopoldau die Geruchverstärkung des Leuchtgases durch Zusatz eines Gemisches von Carbialin und Leichtölvorlauf praktisch erprobt worden ist. Diese praktischen Versuche im Gaswerk Leopoldau haben aber ergeben, dass sich die im Laboratorium erzielten Ergebnisse nicht ohne weiters auf den Grossbetrieb übertragen lassen. Gegenwärtig wird im Hygienischen Institut nach neuen Wegen gesucht, die eine wirksame Verstärkung des Leuchtgasgeruches auch im Grossen ermöglichen sollen. An der Technischen Hochschule werden seit Beginn des Jahres 1928 Laboratoriumsarbeiten zur Entgiftung des Gases durchgeführt. Sie haben in letzter Zeit relativ günstige gebracht. Diese Versuche werden jetzt in grösserem Umfang fortgesetzt. Ähnliche Versuche an der Wiener Universität nach einem Verfahren auf physikalischer Grundlage ergaben nicht den gewünschten Erfolg und mussten daher abgebrochen werden. Bisher wurden für solche Versuche rund 75.000 Schilling ausgegeben.

Die Elektrizitätswerke veranschlagen eine Stromerzeugung von 580 Millionen Kilowattstunden.

Der Gesamtstromverkauf wird mit 410 Millionen Kilowattstunden angenommen. Für das Jahr 1931 ist für die Wiener Werke ein Ueberschuss von 30.000 Schilling und für Ebenfurth von 27.000 Schilling präliminiert. Für Investitionen sind 35.8 Millionen Schilling eingesetzt. Die wichtige Frage der Deckung des Strombedarfes in Zukunft wird von der Direktion unausgesetzt studiert. Im heurigen Frühjahr wurde verlautbart, dass bis Ende Oktober Angebote auf die Lieferung von Wasserkraftstrom entgegengenommen werden. Es liegen elf Angebote vor, die Jahresstrommengen von rund 100 bis 750 Millionen Kilowattstunden anbieten. Acht von diesen Angeboten beziehen sich auf Donaukraftwerke, die übrigen drei auf Wasserkraftlieferungen aus Oberösterreich, Steiermark und Tirol. Die Angebote werden jetzt genau überprüft. Es ist zu hoffen, dass noch vor den nächsten Gemeinderatsferien über die äusserst wichtige Frage der Deckung des zukünftigen Strombedarfes Wiens der Gemeinderat zu entscheiden haben wird.

Am stärksten kommt die Wirtschaftskrise bei den Strassenbahnen zum Ausdruck. Es wird mit einem Rückgang der Fahrgäste auf 600 Millionen bei Strassenbahn und Stadtbahn, dagegen mit einem Ansteigen auf 31.9 Millionen beim Autobusbetrieb gerechnet. Die Einnahmen aus der Personenbeförderung bei Strassenbahn und Stadtbahn sind um 9.8 Millionen Schilling geringer präliminiert. Die ungünstige Lage des Unternehmens führt zur Einschränkung der Investitionen, die mit 10.7 Millionen Schilling vorgesehen sind. Im kommenden Jahr wird trotz aller Ersparungen ein Gebarungsabgang von 8,690.000 Schilling veranschlagt.

Die Leichenbestattung rechnet mit einem Gebarungsüberschuss in der gleichen Höhe, nämlich 12.000 Schilling, wie im Jahre 1930. Die Investitionen betragen 210.000 Schilling. Das Brauhaus veranschlagt eine Erzeugung von 400.000 Hektoliter, der Gebarungsüberschuss wird ebenso, wie im Jahre 1930 mit rund 800.000 Schilling angenommen. Investitionen sind im Gesamtbetrag von 2.4 Millionen Schilling vorgesehen. Die städtische Ankundigungsunternehmung rechnet mit einem Ueberschuss von 116.000 Schilling. Alle Voranschläge sind auf das Gewissenhafteste aufgestellt. (Beifall bei der Mehrheit).

7026.

GR. Lehninger (E. L.) erklärt bei der Besprechung des Wirtschaftsplanes für das Gaswerk, dass trotz Personalabbau mit der gleichen Produktion gerechnet wird. Wie bei den anderen städtischen Unternehmungen wird auch beim Gaswerk in rücksichtslosester Weise das Personal abgebaut und die Intensivierung und Rationalisierung durchgeführt, wie sich dies kein privater Unternehmer erlauben würde. Die Unfälle von Rohrgebrehen und von Sickergasvergiftungen häufen sich, weshalb eine gründliche Erneuerung der Gasrohre äusserst notwendig wäre. Wie beim Gaswerk finden wir auch beim Elektrizitätswerk einen Rückgang der Personalauslagen und der sozialen Lasten. Es ist unverständlich, dass der Wirtschaftsplan eine Verminderung des Stromabsatzes vorsieht, wo doch die Reklamebeleuchtung immer stärker wird und fast schon auch der kleinste Betrieb mit elektrischer Kraft arbeitet. Auch beim Elektrizitätswerk soll wieder Personal abgebaut werden und mit dem verringerten Stand von Personal die gleiche Produktion aufrechterhalten werden. Hinsichtlich der Investitionen wünschen wir einen genauen detaillierten Plan. Die Strassenbahn ist ein Kapitel für sich. Das Unternehmen ist schon soweit heruntergekommen, dass es der Stadt Wien keine Ehre mehr macht. Man kann wirklich schon von einer Wiener Verkehreschande sprechen. Der vorgesehene Rückgang in der Fahrtleistung wird eine weitere Verlängerung der Intervalle bedeuten, dass heisst, dass der Verkehr noch schlechter werden wird. Die Gleisanlagen sind in einem skandalösen Zustand. So hutschen zum Beispiel auf der Mariahilfergürtelkreuzung die Züge der Strassenbahn über die Gleise; der gleiche Zustand ist auf der Jörgerstrassenkreuzung, auf der Währingerstrasse usw. festzustellen. Der Wirtschaftsplan für die städtischen Strassenbahnen schliesst wieder mit einem Defizit ab. Der von Ihnen bisher eingeschlagene Weg der Sanierung ist ein ganz schlechter; schaffen Sie einen anderen Verkehr und einen entsprechenden Tarif und Sie werden zu einem Erfolg kommen. Wenn bei der Strassenbahn nicht bald Remedur geschaffen wird, wird sich der Strassenbahnbetrieb auf die Bevölkerung in kürzester Zeit katastrophal auswirken. Während in früheren Jahren der Verkehr in Wien in bezug auf die Strassenbahn mustergültig war, haben wir heute den miserabelsten Verkehr, den man sich vorstellen kann. Die Intervalle sind geradezu erschreckend lang. Die stark frequentierten A und B Linien, die früher zu 1 und 2 Minuten verkehrt sind, haben in der verkehrtsstärksten Zeit Intervalle von 3 bis 4 Minuten, die Linien F und J ^{haben} abends Intervalle von 10 Minuten und die Linie H gar von 20 Minuten (Hört! Hört! bei der E. L.) Sie tun alles Mögliche, um mit möglichst wenig Wagen und mit möglichst wenig Personal möglichst viel Menschen zu befördern. Aus der Schnellbahn, die die Stadtbahn hätte werden sollen, ist eine sehr langsame Bahn geworden, da sie den ganzen Tag zu 8 Minuten und abends zu 16 Minuten fährt. Wie man die Menschen in den Omnibussen nach Pötzleinsdorf und Balnansdorf zusammenpfercht, ist eine Schande. Die Unfälle steigen mit jedem Jahr. Das Bremssystem müsste endlich modernisiert werden. Das Defizit bei den Strassenbahnen erklärt sich zum grössten Teile daraus, dass man die Strassenbahnen Fürsorgelasten bestreiten lässt und aus dem verfehlten Tarifsystem. Man müsste endlich an die Einführung des Zonentarifs schreiten.

GR. Lehninger ungerbricht hierauf seine Ausführungen. Er wird sie in der nächsten, Montag nachmittags stattfindenden Sitzung fortsetzen.

Schluss der Sitzung 22'02 Uhr.